

Arbeitsmarkt: Fast jeder Vierte mit Niedriglohn	2
Einkommen: Familien – Normales Leben braucht zwei Jobs	3
Arbeitsbeziehungen: Starker Kern, ausfransende Ränder	4
Staat: Qualität entscheidet, nicht die Größe	5
Soziale Sicherung: Erwerbsminderung – Reform nötig	6
Arbeitsbedingungen: Stress in der Nacht belastet besonders	7
TrendTableau	8

## VERTEILUNG

# Die stärksten Schultern werden geschont

**Top-Verdiener in Deutschland werden durch Steuern und Abgaben relativ wenig belastet. Der Trend zu höheren Verbrauchssteuern hat das noch verschärft.**

Steigende Kapitaleinkommen und zunehmende atypische Beschäftigung haben den Keil zwischen großen und kleinen Haushaltseinkommen in den vergangenen 20 Jahren vergrößert. Ebenfalls dazu beigetragen hat die sinkende Umverteilung über Steuern und Sozialbeiträge, zeigen die IMK-Forscher Kai Daniel Schmid und Ulrike Stein auf.\*

Sie verweisen dazu auch auf eine Auswertung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW). Auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe hat das IW die bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen in zehn Größenklassen aufgeteilt und deren Beitrag zum Steuer- und Abgabenaufkommen ermittelt. Dabei stechen drei Aspekte heraus, so Stein und Schmid:

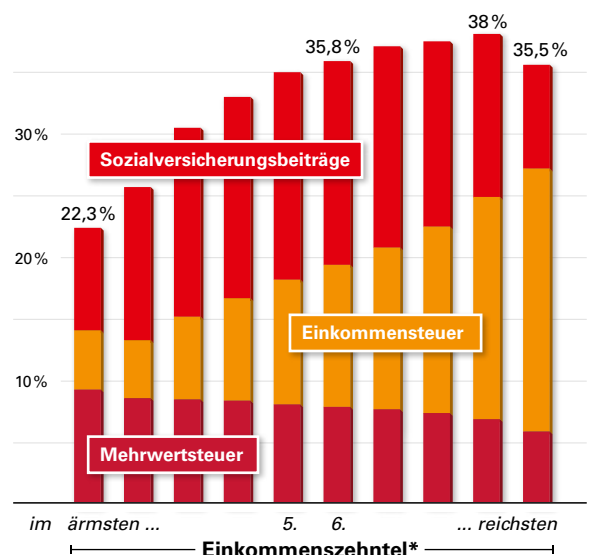
1. Lediglich die Einkommensteuer wirkt progressiv, hier wächst also die relative Steuerbelastung bei steigendem Einkommen.
2. Die Mehrwertsteuer hingegen wirkt regressiv. Je niedriger das Einkommen, desto höher ist die relative Belastung.
3. Beiträge zur Sozialversicherung wirken in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung progressiv, in der oberen regressiv.

„Entscheidend ist nicht die Betrachtung einzelner Komponenten, sondern der Gesamtbelastung“, fassen die IMK-Forscher zusammen. „Diese ist stark progressiv in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung, flacht sich zwischen dem sechsten und neunten Zehntel jedoch signifikant ab.“ Beim obersten Zehntel liegt die Gesamtquote aller Steuern und Abgaben mit 35,5 Prozent sogar niedriger als beim sechsten Zehntel.

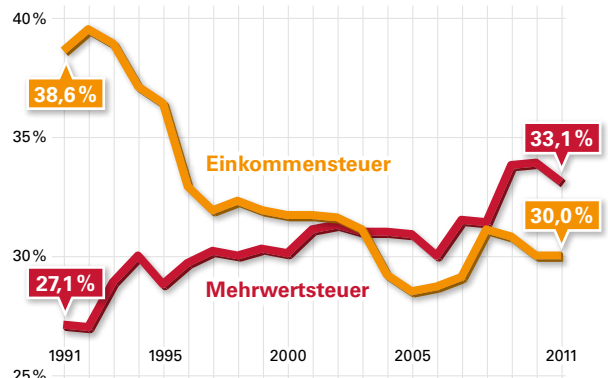
Verschärfend kommt hinzu: Der Anteil der verschiedenen Steuerarten am Steueraufkommen hat sich nach den Berechnungen von Schmid und Stein seit 1990 stark verschoben. In den frühen 1990er-Jahren war die Einkommensteuer noch die wichtigste Einnahmequelle mit einem Anteil von über 38 Prozent. Dieser hat sich bis Mitte der 2000er-Jahre auf weniger als 29 Prozent reduziert. Im Jahr 2011 lag ihr Anteil bei 30 Prozent. Umgekehrt verlief die Entwicklung bei der Mehrwertsteuer: Sie trug 1991 rund 27 Prozent zum Steueraufkommen bei. 2011 waren es mehr als 33 Prozent. ◀

## Ganz oben sinkt die Belastung

So hoch ist die Belastung der Haushalte durch ...



Zum gesamten Steueraufkommen trug bei ...



\* bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen 2012  
Quelle: IMK 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

\* Quelle: Kai Daniel Schmid, Ulrike Stein: Explaining Rising Income Inequality in Germany, 1991-2010, IMK Study, September 2013  
Link zur Studie unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# Fast jeder Vierte mit Niedriglohn

**Der Niedriglohnsektor stagniert auf hohem Niveau: Über 8 Millionen Beschäftigte sind betroffen.**

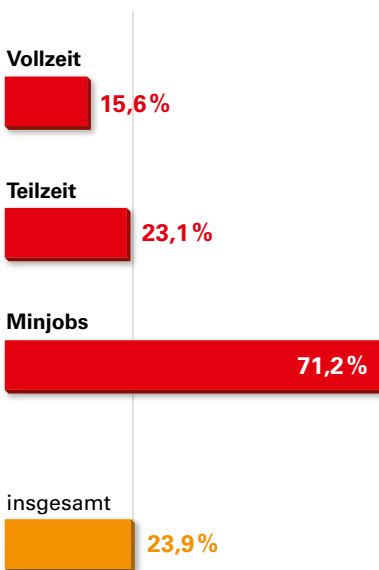
Auch wenn sich der Arbeitsmarkt zuletzt positiv entwickelt hat: Niedriglöhne bleiben ein Problem, von dem fast jeder vierte Beschäftigte betroffen ist. Das zeigt eine Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels durch Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ).<sup>\*</sup> Im Jahr 2011, so die aktuellsten vorliegenden Daten, verdienen 8,1 Millionen Personen weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns, also unter 9,14 Euro. Das sind 23,9 Prozent der Beschäftigten. Im Vergleich zu 2010 ist der Anteil zwar leicht zurückgegangen – um 0,7 Prozentpunkte. Seit 1995 hat sich die Zahl der Betroffenen aber um 2,6 Millionen erhöht.

Der durchschnittliche Stundenlohn der prekär Bezahlten liegt noch deutlich unter der Niedriglohnschwelle: 2011 bei 6,46 Euro pro Stunde in Westdeutschland und 6,21 Euro im Osten. Deutschlandweit mussten sich 1,8 Millionen Beschäftigte mit Stundenlöhnen unter 5 Euro begnügen. 2,9 Millionen verdienen weniger als 6 und 4,4 Millionen weniger als 7 Euro. Minijobber bekommen besonders oft sehr niedrige Löhne: Über die Hälfte von ihnen arbeitete 2011 für weniger als 7 Euro pro Stunde, ein Drittel für weniger als 5 Euro. Von einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro würde ein Fünftel der gesamten Arbeitnehmerschaft profitieren, so die IAQ-Forscher: Anspruch auf eine Lohnerhöhung hätten fast 7 Millionen Beschäftigte. Bei den geringfügig Beschäftigten wären es zwei Drittel.

Neben Mini-jobbern gehören Geringqualifizierte zu den Gruppen mit dem höchsten Niedriglohnanteil: Vier von zehn Beschäftigten ohne Ausbildung verdienen weniger als 9,14 Euro. Auch Jüngere, befristete Beschäftigte und Ausländer sind besonders betroffen. Zudem ist unter diesen Gruppen der Anteil der Niedriglöhner seit 2001 mit am stärksten gestiegen.

## Minilohn für Minijobs

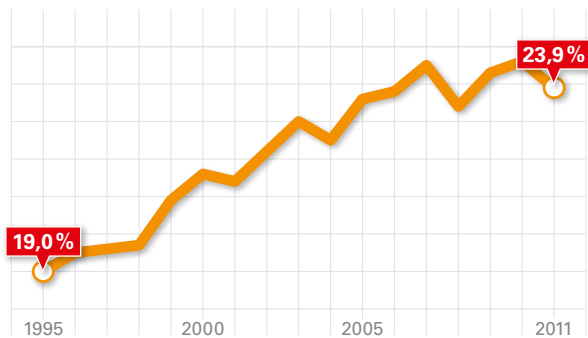
Einen Niedriglohn erhielten 2011 von allen Beschäftigten in ...



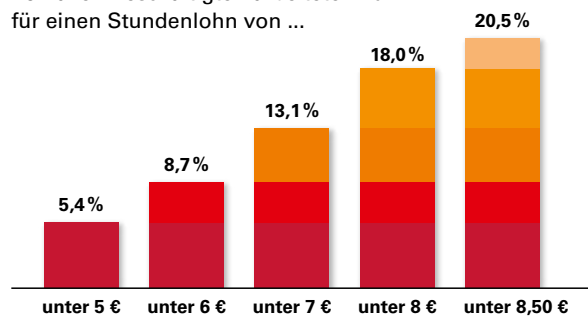
Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation 2013  
© Hans-Böckler-Stiftung 2013

## Wenig Lohn für Viele

Der Anteil der Beschäftigten mit Niedriglöhnen betrug ...



Von allen Beschäftigten arbeiteten 2011 für einen Stundenlohn von ...



Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

**Doch auch qualifizierte Beschäftigte bekommen deutlich häufiger nur einen Niedriglohn als noch vor einem Jahrzehnt:** Ihr Niedriglohnrisiko stieg zwischen 2001 und 2011 um 16,8 Prozent. Insgesamt haben 69,8 Prozent aller Niedriglohnbeschäftigten eine abgeschlossene Berufsausbildung, 8,7 Prozent sogar ein Studium.

Unter den Vollzeitbeschäftigten belief sich der Zuwachs zwischen 2001 und 2011 auf 13,9 Prozent. Bei den Frauen hat der Anteil zwar geringfügig abgenommen – von 29,9 auf 29,6 Prozent. Dennoch müssen sie über alle Arbeitszeitmodelle und Qualifikationsstufen hinweg immer noch wesentlich häufiger mit einem Niedriglohn auskommen als Männer: Selbst bei einer abgeschlossenen Berufsausbildung ist ihr Risiko fast doppelt so hoch.

Die Konsequenzen liegen für Kalina und Weinkopf auf der Hand: Branchenbezogene Mindestlöhne reichten offenbar nicht aus, um Niedrigstlöhne in Deutschland wirksam einzudämmen. „Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns würde demgegenüber eine verbindliche Lohnuntergrenze verankert, die in keiner Branche unterschritten werden dürfte und für alle Beschäftigtengruppen gelten müsste“, schreiben die IAQ-Wissenschaftler. Zudem lege der extrem hohe Niedriglohnanteil bei Minijobs nahe, die Sonderregelungen für geringfügige Beschäftigung auf den Prüfstand zu stellen: „Eine Abschaffung der Minijobs könnte einen zusätzlichen Beitrag dazu leisten, den Umfang des Niedriglohnsektors wirksam zu begrenzen.“ ◀

<sup>\*</sup> Quelle: Thorsten Kalina, Claudia Weinkopf: Niedriglohnbeschäftigung 2011: Weiterhin arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn, IAQ-Report 1/2013  
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Familien: Normales Leben braucht zwei Jobs

Für einen mittleren Lebensstandard ist auch in Westdeutschland der Lohn eines Alleinverdieners oft zu knapp. In ostdeutschen Familien ist ein Vollzeitjob plus Sozialtransfers selten ausreichend, so dass beide Partner arbeiten müssen, um Armut zu vermeiden.

Im westdeutschen Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit bestand das Einkommen einer Familie in der Regel aus einem „Ernährerlohn“, erwirtschaftet vom männlichen Haushaltsvorstand und ergänzt durch Sozialtransfers wie Kindergeld. Für die heutige, gesamtdeutsche Situation trifft dies nicht mehr zu, haben Ina Berninger und Irene Dingeldey ermittelt.\* Die beiden Forscherinnen der Universität Bremen zeichnen ein differenziertes Bild der Einkommensverhältnisse von Familien, auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels und gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung. Ihr Fazit: **In vielen Familien sind inzwischen zwei Erwerbseinkommen nötig – insbesondere, wenn die Eltern nicht studiert haben.** Um die Erwerbs- und Sorgearbeit egalitär aufteilen zu können, plädieren Dingeldey und Berninger für zwei kurze Vollzeitjobs. Dafür wären allerdings höhere Löhne nötig – vor allem in typischen Frauenberufen und in Ostdeutschland.

Exemplarisch für die gesellschaftliche Mitte analysierten die beiden Wissenschaftlerinnen Haushalte von Normalarbeitnehmern mit abgeschlossener Berufsausbildung. Sie untersuchten die Familienformen, welcher der Partner wie viel arbeitet – und wer wie viel verdient. Single-Haushalte ließen sie bei ihrer Untersuchung außen vor. Als arm ordneten sie Haushalte ein, die netto lediglich ein Einkommen unterhalb von 60 Prozent des Medians erzielen, inklusive Sozialleistungen. Bei einer vierköpfigen Familie waren das 1.909 Euro im Jahr 2011. Als mittleren Lebensstandard definierten Berninger und Dingeldey mindestens 80 Prozent des Medians – 2.545 Euro. Ihre Befunde im Einzelnen:

Schaut man auf das Arbeitseinkommen der gesellschaftlichen Mitte, erreichen damit in **Westdeutschland** 80 Prozent der kinderlosen Haushalte einen mittleren Lebensstandard, aber nur gut die Hälfte der Paare mit Kindern und unter 40 Prozent der Alleinerziehenden. „Grund für diese vergleichsweise niedrigen Anteile in den Paarfamilien ist, dass im Westen viele Partnerinnen der männlichen Normalarbeitnehmer gar nicht oder nur in Teilzeit erwerbstätig sind“, erläutern die Forscherinnen. Erst inklusive der familienbezogenen Transfers – wie zum Beispiel Kindergeld – steigt der Anteil der Alleinerziehenden mit mittlerem Lebensstandard auf gut 70 Prozent, der von Paarfamilien auf knapp 80 Prozent.

Die wenigsten der untersuchten Frauen mit Vollzeitjob kämen nur mit ihrem Einkommen für den gesamten Haushalt auf einen mittleren Lebensstandard. Bei kinderlosen Paaren gelänge dies noch 35 Prozent, bei Familien mit Kindern nur etwa 10 Prozent. In diesen Haushalten werde „die häufig geschlechtsspezifische Benachteiligung durch geringe Löhne bei weiblichen Normalarbeitnehmern durch das Erwerbseinkommen des Partners kompensiert“, so Dingeldey und Berninger. Denn dieser gehe zumeist auch ganztätig arbeiten. In der Gruppe der Väter mit Vollzeitjob hingegen sei „in deutlich stärkerem Maße das traditionelle oder modernisierte Ernährermodell verbreitet“, spricht: Deren Partnerinnen gehen meist gar nicht oder nur in Teilzeit einer Erwerbsarbeit nach.

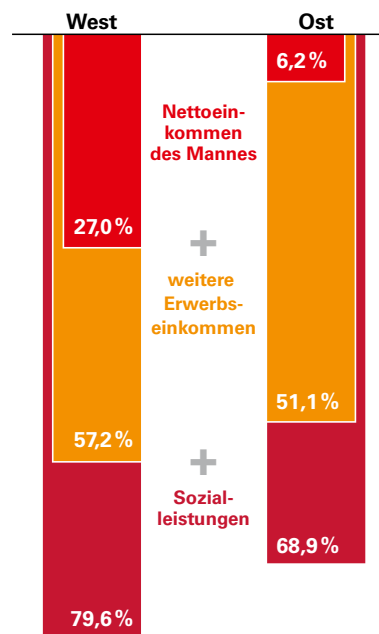
In **Ostdeutschland** könnte nicht einmal die Hälfte der Normalarbeitnehmer den gesamten Haushalt mit einem Einkommen auch nur über die Armutsschwelle bringen. Bei den untersuchten Frauen gelänge dies sogar weniger als 10 Prozent. Zusammen mit dem Einkommen des Partners sind et-

was unter 20 Prozent arm – sowohl mit als auch ohne Kinder. Kommen noch Sozialtransfers hinzu, verbleiben etwa 5 Prozent unterhalb der Armutsgrenze. Alleinerziehende sind zu mehr als 21 Prozent arm.

Im Unterschied zum Westen ist auch die überwiegende Mehrheit der Männer mit Vollzeitjob auf das Erwerbseinkommen ihrer Partnerin angewiesen, damit ihr Haushalt nicht arm ist. 17 Prozent brauchen dazu sogar zusätzlich Transferleistungen. „Das Entstehen von Armut auf breiter

## Ein Einkommen genügt selten

Einen mittleren Lebensstandard erreichen Familien\* mit dem ...



\* 80% des mittleren Einkommens, ausgehend von männlichen Normalarbeitnehmern mit abgeschlossener Berufsausbildung und vierköpfiger Familie  
Quelle: Berninger u.a. 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Basis in Haushalten von Normalarbeitnehmern wird hier allein durch das stärker egalitär ausgerichtete Zweiverdienermodell vermieden, das auch in Paarfamilien weit verbreitet ist“, schreiben die Wissenschaftlerinnen.

Aufgrund des insgesamt relativ geringen Lohnniveaus würden im Osten nicht einmal 20 Prozent der Haushalte auf der Basis eines Einkommens aus einem Vollzeitjob einen mittleren Lebensstandard erreichen. Vor allem die Alleinerziehenden erreichten extrem selten dieses mittlere Niveau, auch unter Einbeziehung aller Einkünfte. Zwischen den Geschlechtern sind die Unterschiede kleiner als im Westen. Dies dürfte daran liegen, dass ostdeutsche Mütter häufiger erwerbstätig sind – auch in Vollzeit. Dazu trage unter anderem der vergleichsweise gute Ausbau der Kinderbetreuung bei, so Berninger und Dingeldey. ◀

\* Quelle: Ina Berninger, Irene Dingeldey: Familieneinkommen als neue Normalität?, in: WSI-Mitteilungen 3/2013  
Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# Starker Kern, ausfransende Ränder

In den vergangenen 20 Jahren haben sich die Arbeitsbeziehungen in Deutschland fundamental verändert: Sie sind europäischer geworden, dezentraler – und sie tragen weniger zum sozialen Ausgleich bei.

Das Grundgerüst der deutschen Arbeitsbeziehungen ist nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, erläutert WSI-Forscher Martin Behrens in seiner Analyse der heutigen Situation\*:

- ▶ starke Industriegewerkschaften, die mit vertretungsmächtigen Arbeitgeberverbänden in weitgehender Tarifautonomie über die Höhe der Löhne und weitere grundlegende Arbeitsbedingungen verhandeln,
- ▶ gepaart mit Betriebsräten, die auf der betrieblichen Ebene die Interessen der Beschäftigten vertreten.

Forscher. „Dennoch müssen die Tarifpartner – anders als beispielsweise in den USA – dank der sozialstaatlichen Rahmenbedingungen vieles weiterhin nicht über Tarifverträge regeln.“

Auf anderen Gebieten ist die staatliche Regulierung jedoch nicht so umfassend, merkt Behrens an: So gibt es in Deutschland keinen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Das ist in Europa inzwischen eher die Ausnahme: 21 von 28 EU-Ländern setzen eine allgemeine Lohnuntergrenze. Auch

die Allgemeinverbindlicherklärung, die einen Tarifabschluss für alle Unternehmen einer Branche verbindlich macht, ist in Deutschland weitaus schwieriger als in den meisten westeuropäischen Staaten.

Während der vergangenen zwei Jahrzehnte haben die deutschen Arbeitsbeziehungen sich auf drei Gebieten verändert, analysiert der Wissenschaftler:

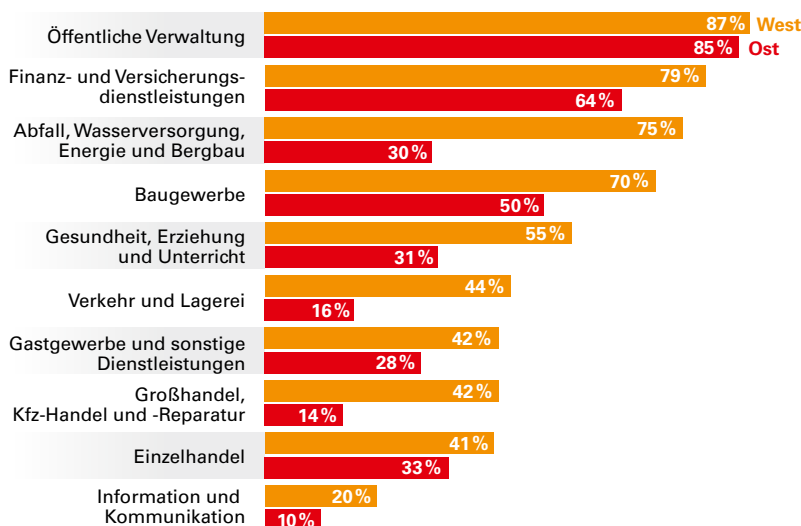
**Europäisierung.** Als Reaktion auf die zunehmende Internationalisierung von Unternehmen hat die Europäische Union zwei neue Institutionen geschaffen: die Europäischen Betriebsräte und die Europa-AG, bei der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat entsandt werden können. Im Vergleich zu deutschen Betriebsräten sind die Möglichkeiten ihrer europäischen Kollegen zur Mitbestimmung zwar begrenzt, merkt Behrens kritisch an, „dennoch leisten sie einen großen Beitrag dazu, den Beschäftigten in multinationalen Konzernen eine Stimme zu geben“.

Als weitaus problematischer ordnet der WSI-Forscher einen anderen Trend zur Europäisierung ein: den Konflikt zwischen den Grundrechten und den Grundfreiheiten der EU. Darunter versteht man den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr innerhalb des EU-Binnenmarktes. Verschiedene Urteile des Europäischen Gerichtshofs zu diesen vier Grundfreiheiten hätten mehrfach in die Grundrechte der EU-Bürger eingegriffen, zum Beispiel in das Streikrecht. Insgesamt forcieren die EU-Kommission eine zunehmende Liberalisierung der Arbeitsbeziehungen auf nationaler Ebene, schreibt der Wissenschaftler.

**Dezentralisierung.** Bereits Mitte der 1980er-Jahre versah die IG Metall ihren Tarifabschluss zur 35-Stunden-Woche mit einer Öffnungsklausel: Erstmals konnten die betrieblichen Akteure vom Tarifvertrag abweichende Arbeitszeiten vereinbaren. Inzwischen sehen viele Abschlüsse Möglichkeiten zu einer Flexibilisierung von Arbeitszeiten oder Entgeltbestandteilen, aber auch Regelungen zum Erhalt von Arbeitsplätzen in Krisenzeiten vor. Damit ist bei Tarifverhandlungen

## Zukunftsbranche mit geringster Tarifbindung

Der Anteil der Beschäftigten mit Tariflohn\* beträgt im Wirtschaftszweig ...



\* Branchentarifvertrag Quelle: IAB-Betriebspanel 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Dieses duale System habe die deutschen Arbeitsbeziehungen in zwei verschiedene Konfliktsphären aufgeteilt, so Behrens: Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände führen die Tarifverhandlungen – in der Regel auf Branchenebene. Konflikte tragen sie über Streiks und Aussperrungen aus. Betriebsräte hingegen haben kein Streikrecht. Bei Disputen mit dem Management können sie aber beispielsweise die Zustimmung zu einer Ausweitung der Arbeitszeit verweigern. In einigen Fällen ist vorgesehen, eine neutrale Einigungsstelle zur Konfliktlösung anzurufen.

Der deutsche Staat schützt das duale System: Das Grundgesetz, ergänzt durch Entscheidungen des Bundesverfassungs- und Bundesarbeitsgerichts, garantiert die Tarifautonomie. Für die Tarifverhandlungen hilfreich sind auch gesetzliche Mindeststandards – wie zum Beispiel zur Dauer des Urlaubs – sowie sozialstaatliche Regelungen: die Renten-, die Arbeitslosen-, die Kranken- und die Pflegeversicherung. „Zwar sind einige dieser Leistungen seit dem Jahr 2000 unter dem Protest der Gewerkschaften reduziert worden“, erläutert der WSI-

ein Teil der Verhandlungsmacht auf die betrieblichen Akteure übergegangen, erläutert Behrens. Das erschwere jedoch die Etablierung einheitlicher Tarifstandards innerhalb einer Branche.

Neben dieser geordneten Dezentralisierung identifiziert der Wissenschaftler aber auch eine „wilde“ Form: Seit 1995 nimmt der Anteil der Beschäftigten ab, für die ein Tarifabschluss gilt. Denn die Arbeitgeberseite sei immer weniger dazu in der Lage, für eine gesamte Branche Tarifverträge abzuschließen. Nach der Deutschen Einheit hätten viele Unternehmen die Arbeitgeberverbände verlassen, weil sie unzufrieden mit deren Verhandlungsergebnissen waren, so Behrens. Auch neue Mitglieder ließen sich immer schwerer gewinnen. Viele Arbeitgeberverbände bieten daher inzwischen eine OT-Mitgliedschaft an – also ohne Tarifbindung.

**Zunehmende Ungleichheit.** In Deutschland waren bis zur Mitte der 1990er-Jahre die Abstände zwischen hohen und niedrigen Arbeitseinkommen relativ gering, zeigt Behrens auf. Er verwendet dazu das Verhältnis der Löhne und Gehälter des neunten, also zweithöchsten Zehntels zum ersten Zehntel, einen in der Verteilungsforschung gebräuchlichen Vergleichsmaßstab. Im Jahr 1989 verdiente das neunte Zehntel noch 2,84-mal so viel wie das erste Zehntel. Nur zehn Jahre später war es bereits das 3,44-Fache.

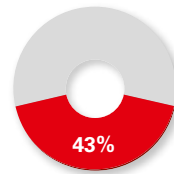
Eine genauere Untersuchung dieser Entwicklung ergibt, dass der wachsende Niedriglohnsektor eine entscheidende Rolle spielt, schreibt der WSI-Forscher. Als Hauptursachen dafür identifiziert er die abnehmende Tarifbindung und die Arbeitsmarktreformen, die zu einer massiven Ausweitung von atypischer Beschäftigung wie Minijobs oder Leiharbeit geführt haben.

In Deutschland seien die Arbeitseinkommen inzwischen ähnlich ungleich verteilt wie in Großbritannien, fasst Behrens zusammen. In einer wachsenden Anzahl an Branchen gebe es kaum noch wichtige Institutionen wie zum Beispiel

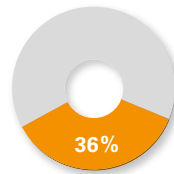
## Mehr Mitbestimmung im Westen

**Betriebsratsgremien vertreten von den Beschäftigten der Privatwirtschaft...**

in Westdeutschland

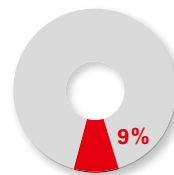


in Ostdeutschland

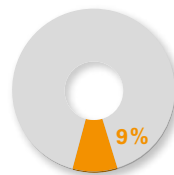


**So viele privatwirtschaftliche Betriebe haben einen Betriebsrat ...**

in Westdeutschland



in Ostdeutschland



Basis: Betriebe mit mindestens 5 Beschäftigten  
Quelle: IAB-Betriebspanel 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Flächentarifverträge. Dennoch wiesen die deutschen Arbeitsbeziehungen immer noch einen stabilen Kern auf – gerade in exportorientierten Branchen wie der Automobil- oder der Chemieindustrie. ◀

\* Quelle: Martin Behrens: Employment regulation in national contexts – Germany, in: Carola Frege, John Kelly: Comparative Employment Relations in the Global Economy, Routledge, London/New York 2013  
Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

## STAAT

# Qualität entscheidet, nicht die Größe

**Ein „aufgeblähter“ Staatsapparat bremst das Wirtschaftswachstum, lautet ein Glaubenssatz konservativer Ökonomen. Entscheidend ist jedoch nicht die Größe des öffentlichen Sektors, sondern seine Qualität, wie eine internationale Vergleichsstudie zeigt.**

Ist „Big Government“ immer eine Bürde für die wirtschaftliche Entwicklung, wie angebotsorientierte Ökonomen oft behaupten? Dieser Frage haben sich Daniel Oto-Peralías und Diego Romero-Ávila von der Universität Sevilla angenommen.\* Ihr Datensatz enthält Informationen zu über 80 Ländern und deckt den Zeitraum von 1981 bis 2005 ab. Als Indikator für die Größe des Staatsapparats dienen die öffentlichen Ausgaben für Personal, Güter und Dienstleistungen. Dabei zeigt sich auf den ersten Blick kein systematischer Zusammenhang mit der Wirtschaftsentwicklung.

Konturen gewinnt das Bild erst, wenn ein weiterer Faktor einbezogen wird: die Qualität öffentlicher Dienstleistungen. Letztere messen von der Weltbank erhobene Indikatoren, die zum Beispiel Auskunft über die politische Unabhängigkeit der Verwaltung oder deren Ausbildungsniveau geben.

Negativ auf das Wirtschaftswachstum wirken sich hohe Staatsausgaben nach den Berechnungen der Wissenschaftler nur dann aus, wenn die bürokratische Qualität gering ist. Länder mit einer gut funktionierenden Verwaltung brauchen dagegen keine Einbußen bei der Wirtschaftsleistung durch einen aktiven Staat zu fürchten.

„Es gibt keinen Grund, die Größe des Staatssektors zu verringern, wenn die Qualität öffentlicher Institutionen stimmt“, folgern Oto-Peralías und Romero-Ávila. Für die aktuelle Krise in Europa heißt das: In den angeschlagenen Staaten sollte es nicht so sehr um die Größe des Staatsdienstes gehen, sondern um Verwaltungsreformen, die seine Effizienz verbessern. In diesem Sinne verstehen die Wissenschaftler ihre Untersuchung als „Weckruf“ an die Politik. ◀

\* Quelle: Daniel Oto-Peralías, Diego Romero-Ávila: Tracing the Link between Government Size and Growth: The Role of Public Sector Quality, in: Kyklos 2/2013  
Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# Erwerbsminderung: Reform nötig

**Wer wegen gesundheitlicher Probleme nicht mehr arbeiten kann, dem droht Einkommensarmut. Experten fordern mehr Prävention und eine bessere soziale Absicherung bei Erwerbsminderung.**

Dass die Erwerbsminderungsrente in Politik und Wissenschaft eher als Randthema gilt, halten Felix Welti und Henning Groskreutz für bedenklich: Es bestehe die Gefahr, dass eine Kernaufgabe sozialer Sicherung vernachlässigt wird. Handlungsbedarf und Handlungsoptionen in diesem Bereich haben die Rechtswissenschaftler von der Universität Kassel mit Förderung der Hans-Böckler-Stiftung untersucht.\* Sie kommen zu dem Schluss, dass erhebliche Reformen notwendig sind, um die Situation Erwerbsgeminderter substanziell zu verbessern. Unter anderem empfehlen sie, das Betriebliche Eingliederungsmanagement auszubauen und Rentenabschlüsse abzuschaffen.

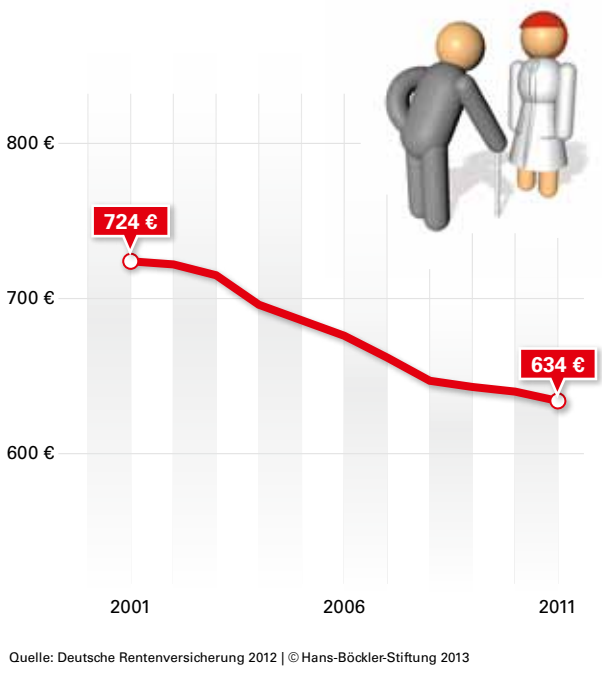
Voll erwerbsgemindert sind laut Sozialgesetzbuch Menschen, die wegen Krankheit oder Behinderung außerstande sind, unter den „üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes“ mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Wer zwischen drei und sechs Stunden arbeiten kann, gilt als teilweise erwerbsgemindert. Ende 2011 bezogen 1,6 Millionen Männer und Frauen eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, schreiben Welti und Groskreutz. Etwa 118.000 von ihnen mussten ihre Rente aufstocken, um das Existenzminimum zu erreichen. Weitere 290.000 Personen hatten keine Ansprüche auf Erwerbsminderungsrente erworben und erhielten ausschließlich Grundsicherung vom Träger der Sozialhilfe.

Im Schnitt belief sich die monatliche Rente im Jahr 2011 auf 471 Euro bei teilweiser und 710 Euro bei voller Erwerbsminderung. Bei Neuzugängen mit voller Erwerbsminderung waren es 634 Euro. Die materielle Sicherung sei damit unzureichend, urteilen die Juristen. Es gebe ein erhöhtes Risiko von Einkommensarmut. Als eine der Ursachen gelte die zunehmende Verbreitung von atypischer Beschäftigung und Niedriglöhnen. Zudem seien gerade Geringqualifizierte, die überdurchschnittlich häufig mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen haben, oft schlecht bezahlt oder arbeitslos. Private Vorsorge sei da wenig hilfreich: Die gefährdeten Arbeitnehmer wären kaum in der Lage, die entsprechenden Mittel aufzubringen – insbesondere, wenn sie bereits chronisch krank sind.

**Abschlüsse abschaffen:** Für „systemwidrig“ halten die Wissenschaftler die Abschlüsse, von denen im Jahr 2011 mit 96,3 Prozent fast alle neuen Erwerbsminderungsrentner betroffen waren. Diese Abzüge sollen eigentlich einen freiwilligen vorzeitigen Renteneintritt unattraktiv machen. Das Problem: Niemand entscheide sich freiwillig für volle Erwerbsminderung. Zudem hätten „Frühverrentete“ im Schnitt eine geringere Lebenserwartung, sodass die Summe der Rentenleistungen niedriger ausfalle. Daher plädieren Welti und Groskreutz dafür, auf Abschlüsse künftig ganz zu verzichten. Um Här-

## Rente im Sinkflug

Pro Monat erhielten Neurentner wegen voller Erwerbsminderung durchschnittlich ...



tefallen besser gerecht zu werden, empfehlen sie außerdem, die Anwartschaftszeit zu verkürzen: Statt nach drei Jahren mit Pflichtbeiträgen sollten Beschäftigte bereits nach zwölf Monaten Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente haben.

**Rehabilitation vor Rente:** Noch wichtiger als die ausreichende Absicherung von Betroffenen sei die Vermeidung von Erwerbsminderung, so die Autoren. Dabei sehen sie zum einen die Rentenversicherung in der Pflicht: Das Budget für Rehabilitationsleistungen, das bislang gedeckelt ist, sollte sich am tatsächlichen Bedarf orientieren. Zum anderen gelte es, das Betriebliche Eingliederungsmanagement weiterzuentwickeln. Damit sich Betriebsräte zusammen mit Schwerbehindertenvertretungen wirkungsvoll für Verbesserungen auf betrieblicher Ebene einsetzen können, schlagen die Rechtswissenschaftler vor, ein umfassendes Mitbestimmungsrecht für Fragen der Rehabilitation und Prävention in den Mitbestimmungskatalog aufzunehmen.

Darüber hinaus regen sie an, über eine Stärkung der Arbeitgeberverantwortung betriebswirtschaftliche Anreize für Prävention zu schaffen: Der Arbeitgeberanteil an den Rentenbeiträgen könnte sich am Arbeitsschutzniveau, der Quote der Erwerbsminderungsfälle und älteren Beschäftigten und den betrieblichen Reintegrationserfolgen orientieren. So würden die Kosten für ungünstige Arbeitsbedingungen nach dem Verursacherprinzip erhoben, schreiben Welti und Groskreutz. Ihr Fazit: „Nicht niedrige Rentenhöhen, sondern ein offener inklusiver Arbeitsmarkt mit nachhaltiger Unterstützung zur Teilhabe würde die Rentenversicherung effektiv entlasten.“ ◀

\* Quelle: Felix Welti, Henning Groskreutz: Soziales Recht zum Ausgleich von Erwerbsminderung: Reformoptionen für Prävention, Rehabilitation und soziale Sicherung bei Erwerbsminderung, Arbeitspapier 295 der Hans-Böckler-Stiftung, im Erscheinen  
Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# Stress in der Nacht belastet besonders

**Schichtdienst kann krank machen. Noch stärker als die Arbeitszeiten wirkt sich allerdings die Qualität der Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit aus.**

Feierabend ist für viele Arbeitnehmer regelmäßig am Morgen: Gut ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet im Schichtdienst. Was das für die Gesundheit der Betroffenen bedeutet, haben Olaf Struck, Matthias Dütsch und Verena Liebig von der Universität Bamberg sowie Angelina Springer vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung untersucht. Ihre von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie basiert auf Angaben von etwa 20.000 Erwerbstätigen, die das Bundesinstitut für Berufsbildung und die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 2006 befragt haben. Das Ergebnis: „Bedeutsam ist vor allem, ob an körperlich, sozial oder psychisch belastenden Arbeitsplätzen gearbeitet wird. Etwas weniger wichtig ist, ob dies am Tag oder in der Nacht geschieht.“

Als Schichtarbeit betrachten die Forscher alle Jobs mit wechselnden oder ungewöhnlich frühen oder späten Arbeitszeiten. Ihrem Datensatz zufolge sind 27 Prozent aller abhängig Beschäftigten Schichtarbeiter. Etwa jeder Neunte arbeitet regelmäßig nachts, also zwischen 23 und 5 Uhr. Der Anteil der Schicht- und Nachtarbeiter habe sich in den letzten Jahrzehnten sukzessive erhöht. Aus medizinischer Sicht birgt diese Entwicklung Risiken, schreiben die Sozialwissenschaftler: Zum einen erschwerten versetzte Arbeits- und Freizeiten die Teilhabe am sozialen Umfeld und dem Familienleben. Daher drohen psychische Spannungen. Zudem gerate der Schlaf- und Wachrhythmus durcheinander, was zu Kreislaufproblemen, Schlaf- und Verdauungsstörungen führen könne. Andererseits komme Schichtarbeit besonders häufig in Berufen vor, die ohnehin körperlich und psychisch in hohem Maße belastend sind – etwa bei Krankenschwestern, Ärzten oder Polizisten.

Um herauszufinden, welche Faktoren letztlich entscheidend sind für das gesundheitliche Wohlergehen, haben die Autoren der Studie einen sogenannten Matching-Ansatz verfolgt: Sie haben Beschäftigtengruppen verglichen, die sich in ihren soziodemografischen Merkmalen und beruflichen Tätigkeiten sehr stark ähneln, bei den Arbeitszeiten aber unterscheiden. So konnten sie überprüfen, ob tatsächlich allein die Lage der Arbeitszeiten die Wahrscheinlichkeit von Krankheiten beeinflusst.

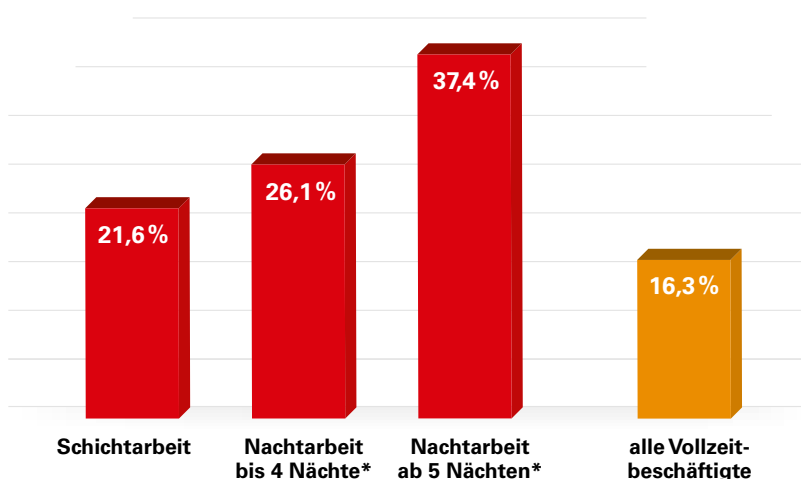
Den Ergebnissen zufolge lässt sich ein Großteil der gesundheitlichen Probleme von Schicht- und Nachtarbeitern durch die Art ihrer Tätigkeit erklären: Überproportional verbreitet sind starke körperliche Belastungen, Überforderung durch das Arbeitspensum, Monotonie und fehlende Selbstbestimmung. Auch wenn solche Faktoren herausgerechnet werden,

bleiben allerdings signifikante Zusammenhänge bestehen: Häufige Nachtarbeit steigert die Wahrscheinlichkeit von Schlafstörungen um das 2,3-Fache im Vergleich zur Kontrollgruppe. Bei Schichtarbeit ist das Risiko 1,3-mal so hoch. Außerdem zeigen die Berechnungen, dass häufige Nachtarbeit mit vermehrten Magen-Darm-Beschwerden einhergeht. Wer ein- bis viermal im Monat nachts arbeitet, leidet eher an Nervosität und Reizbarkeit, Burnout und Herzproblemen.

Da laut ihrer Analyse die Qualität der Arbeitsbedingungen eine größere Rolle für die Gesundheit von Beschäftigten spielt als die zeitliche Organisation, empfehlen die Wissenschaftler eine neue Schwerpunktsetzung beim Arbeitsschutz. Bestehende Regelungen zum Schutz von Nacht- und Schichtarbeitern

## Wenn die Nacht zum Tag wird

Unter Schlafstörungen leiden Beschäftigte in...



\* pro Monat  
Quelle: Struck u.a. 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

– wie sie zum Beispiel das Arbeitszeitgesetz vorsieht – sollten ergänzt werden durch Maßnahmen, die zur Reduzierung von belastenden Merkmalen des Arbeitsplatzes und der Tätigkeit beitragen. Missstände wie Überforderung, übergroßen Termin- und Zeitdruck, mangelnde Unterstützung durch Vorgesetzte, das Tragen schwerer Lasten oder Beanspruchung durch Stäube, Gase und Lärm könnten Arbeitgeber arbeitsorganisatorisch oder technisch vergleichsweise einfach und durchaus kosteneffizient vermeiden, argumentieren die Forscher. „Damit würden gesundheitsfördernde Effekte zugleich für Tagarbeit wie auch für Nacht- und Schichtarbeit erzielt.“ ◀

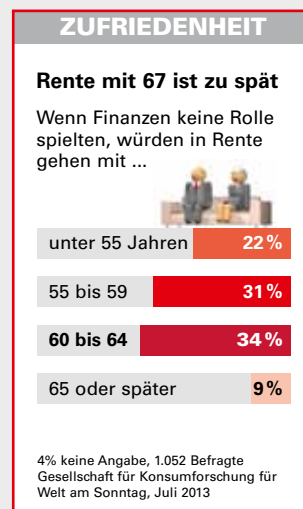
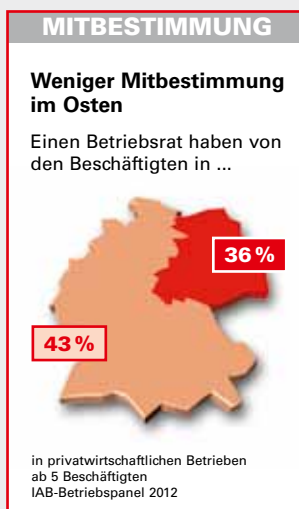
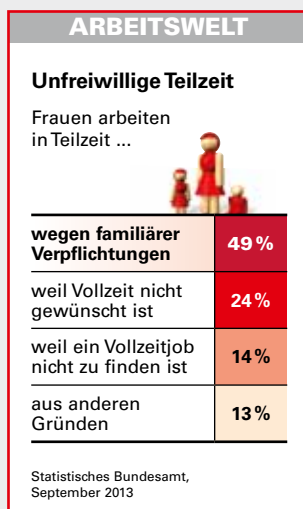
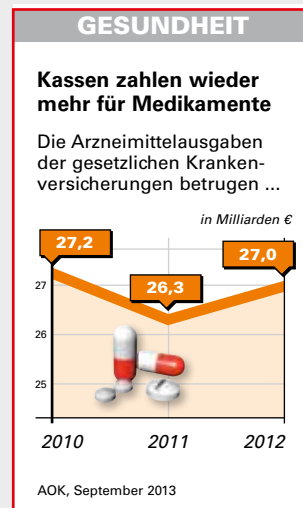
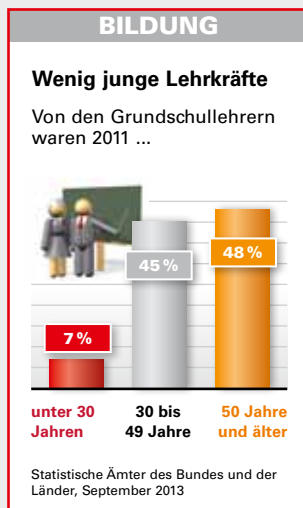
\* Quelle: Olaf Struck u.a.: Arbeit zur falschen Zeit am falschen Platz? Eine Matching-Analyse zu gesundheitlichen Beanspruchungen bei Schicht- und Nachtarbeit, in: Journal of Labour Market Research, April 2013  
Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

## Impressum

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);  
**Chefredaktion:** Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,  
 Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp  
 Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;  
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;  
**Druck und Versand:**  
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei  
 nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),  
 weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben  
 unter boecklerimpuls.de

## TrendTableau



► **WEITERBILDUNG:** Immer mehr Berufstätige nutzen das „Meister-BAföG“ zur Weiterbildungsfinanzierung. Im Jahr 2012 erhielten deutschlandweit gut 168.000 Menschen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz. Das waren rund 2.000 mehr als 2011 und annähernd doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Der durchschnittliche Förderbetrag, der sich aus Zu-

schüssen und Darlehen zusammensetzt, beläuft sich aktuell auf monatlich 1.162 Euro – 2002 waren es erst 735 Euro.  
 Statistisches Bundesamt, September 2013

► **ARBEITSLOSIGKEIT:** Der Verlust des Jobs bringt für die Betroffenen nicht nur ökonomische Nachteile, sondern führt oft auch zu sozialer Isolation. Zu diesem Ergebnis

kommt eine Studie der Ökonomin Orsolya Lelkes vom European Centre for Social Welfare Policy and Research. Demnach hat jeder zehnte Arbeitslose in Deutschland nur selten Kontakt zu Freunden, Verwandten oder Bekannten. Fast jeder Sechste ohne Arbeit hat gar keine engen Freunde – von den Befragten insgesamt sagt dies nur jeder Zwanzigste. Auch das Grundvertrau-

en in die Gesellschaft leidet unter dem Jobverlust: Während rund 14 Prozent der Gesamtbevölkerung der Ansicht sind, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, stimmen dieser Aussage nur 8 Prozent der Arbeitslosen zu.  
 Informationsdienst Soziale Indikatoren 50, August 2013

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 16. Oktober

bestellen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)